Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nach Redactionsschluß.

In außerordentlicher Stadtverordnetensitzung wurde [illegible] mitgetheilt, daß das Königl. [illegible] Ministerium des Innern bis zum [illegible] bei der königl. Kreishauptmannschaft [illegible] erbetene, von dieser aber abgeschlagene [illegible] Nachricht zur Begründung des [illegible] Vorschlags nachträglich genehmigt hat.

Berlin. Das neue Weißbuch betrifft die deutsche Aktion in der Südsee, welche unterbrochen werden mußte, weil die Regierung nach Ablehnung der Samoa-Vorlage ohne Mitwirkung des Reichstags die Colonialpolitik nicht weiter verfolgen konnte. Schnelles Handeln ist angesichts der von Neuseeland aufgestellten Doktrin des ausschließlichen Anrechts der englisch-australischen Colonien an die Südsee-Inseln nothwendig. Fürst Bismarck legte am 26. Januar gegen das Vorgehen Englands auf Neu-Guinea Verwahrung ein.

Paris. Eine Verständigung zwischen Portugal und der Congo-Association ist gesichert.

Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
Math. Klemich, Seestraße 2, II.,
für **Herren** und **Damen**,
Dominos in den brillantesten Abendfarben. Aufträge nach auswärts prompt, Preiscourant gratis.

Heute Eröffnung der grossen allgem. Geflügel-Ausstellung **Pferdeausstellungs-Local (Wiesenthorstrasse).** Siehe **8.** Seite.

Beste u. billigste Bezugsquelle für Wild u. Geflügel
Unger's Wild- u. Geflügel-Handlung
13 grosse Schiessgasse 13.

Erste u. grösste **Masken- u. Theatergarderobe,** **Dominos** in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen **Max Jacobi,** **2 Galeriestr. 2,** part. und erste Etage. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Nr. 37. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 6. Februar: Mäßiger Südwestwind, veränderliches Wetter, etwas Niederschläge. Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1885. **Freitag, 6. Febr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Seitdem einige Aussicht vorhanden ist, daß ein Börsensteuergesetz zu Stande kommt, hat Abg. Dr. Siemens, der „freisinnig-deutsche" Director der Deutschen Bank in Berlin, ärgerlich die Flinte ins Korn geworfen und ist aus der Börsensteuer-Kommission ausgeschieden. Dieser Verlust eines so sachkundigen Mitgliedes wird den Ausschuß natürlich nicht abhalten, ein brauchbares Gesetz zur Besteuerung der Börsengeschäfte auszuarbeiten. Noch vor Kurzem wurde das Verlangen der konservativen Partei nach einem solchen, von der freisinnigen Partei mit Hochmuth und höhnisch zurückgewiesen; jetzt ist die Forderung einer Börsensteuer, die den Schlußnotenzwang und eine gewisse Progression des Steuersatzes enthält, ein Gemeingut aller Vaterlandsfreunde. Die Gegnerschaft klammert sich an die Controle-Vorschriften und Strafbestimmungen, die sie für undurchführbar ausgiebt und sie möchte dem Publikum das künftige Börsensteuergesetz dadurch verleiden, daß sie es so einrichtet, daß es das kleine Kapitalgeschäft übermäßig belastet und das eigentliche Börsenspiel möglichst wenig genirt. Während der konservative Antrag v. Wedell die Börsensteuer erst bei einem Umsatze von 10,000 Mark mit 20 Pfennigen Steuer beginnen läßt, verlangen die börsenfreundlichen Abgeordneten diese 20 Pfennige schon bei einem Umsatze von 300 Mark. Welchen Höllenlärm verführte voriges Jahr die Börsenpresse, als der damalige Regierungs-Entwurf die Steuer bei 1000 Mark beginnen ließ! Da hieß es allgemein: das ist unmöglich, das ruinirt das ganze Geschäft! Jetzt verlangen die Vertreter der Börse im Reichstage selbst sogar, daß schon der Kauf oder Verkauf eines 100thälerigen Staatspapieres 20 Pfennige Steuer tragen soll; die Börsenpresse schweigt aber dazu völlig — sie hat den Braten bereits gerochen. Ihre Steuerskala ist extra darauf zugeschnitten, den soliden Kauf und Verkauf kleinerer Werthpapiere durch das Privatpublikum schwer zu belasten; das Börsenspiel der großen Spekulanten aber, das eine hohe Steuer verträgt, kaum merklich zu streifen. Die Kommission des Reichstages wird da die Augen recht weit aufzumachen haben. Es ist bekannt, daß die Eigenthümlichkeit der Börsengeschäfte für die Steuergesetzgebung ungewöhnliche Schwierigkeiten bietet. Namentlich erscheint es zunächst noch unausführbar, in einem Gesetze das regelmäßige Geschäft der Börse abzuwirkeln und es von dem Börsenspiel, der Jobberei, der Agiotage abzutrennen. Und doch wäre eine Trennung zwischen den Auftrags- und den Eigengeschäften der Börse der Anfang einer rationeller Besteuerung. Da sich aber klare, sichere, gesetzliche Bestimmungen dieser Art nicht übers Knie brechen lassen, sondern wohlvorbereitet sein müssen, so muß man sich einstweilen mit unvollkommeneren Festsetzungen begnügen. Aber **einer** Ergänzung bedarf auch der konservative Antrag unbedingt: einer Emissionssteuer. Eine solche ist nicht blos gerecht und ergiebig, sondern auch sozial- und handelspolitisch unerläßlich.

Welche Länder sind es, die hauptsächlich Anleihen in Deutschland aufnehmen? Außer den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind es besonders Oesterreich-Ungarn, Rußland und die Donauländer, Rumänien, Serbien u. s. w., neuerdings auch Egypten und Spanien. Mittelst deutschen Kapitals sind in Nordamerika über 100 Eisenbahnen erbaut, in Oesterreich, Ungarn und Rumänien ist das Schienennetz größtentheils mit unseren Geldmitteln hergestellt worden und Rußland spekulirt bei seinen bisherigen und künftigen Eisenbahnen vorzugsweise auf den deutschen Kapitalmarkt. Abgesehen von den amerikanischen Eisenbahnen, wo zum guten Theil das deutsche Kapital verloren ging, geben diese ausländischen Anleihen unseren Kapitalisten wie auch unserer Industrie augenblickliche Gewinne und eine höhere Verzinsung als die heimischen Werthe. Die Zukunft wird aber dieses Verhältniß umkehren. Jene Länder, denen wir mit unserem Gelde Eisenbahnen bauen, sind grossentheils Länder der Urproduktion; sie gewinnen in erster Linie dieselben landwirthschaftlichen Erzeugnisse wie wir, nur unter weit günstigeren Verhältnissen und geringeren Produktionskosten. Da sie meist schwach bevölkert sind, geht ihre landwirthschaftliche Produktion weit über den eigenen Bedarf hinaus; ihre Erschließung durch unser Kapital ermöglicht ihnen überhaupt erst, uns mit ihren Getreidemassen zu überschwemmen. Wir ziehen uns durch jede Emission fremder Anleihen die ausländische Konkurrenz erst heran und machen sie groß. Was helfen, oder richtiger: auf wie lange helfen uns Kornzölle, sobald man gleichzeitig das aus unserem inneren Wirthschaftsbetriebe mühsam und unter mannichfachen Entsagungen auf Lebensgenüsse erübrigte Kapital mittelst Auslands-Anleihen durch die Börse nach dem Auslande schafft, damit es dort unserem Getreidebau eine tödtliche Konkurrenz bereite? Freilich ist jetzt vor der Hand Nichts zu machen gegen die große Ausdehnung, die der internationale Handel eingenommen hat, wenigstens Nichts in übereilter, schroffer Weise. Aber auch bei der Kolonialpolitik beruht der Hauptsegen darin, daß sie hilft, die Beziehungen unseres auswärtigen Handels mehr und mehr zu unmittelbaren zu machen und sie von fremdem Zwischengeschäft zu befreien. Jetzt bezahlt Deutschland jährlich etwa 150 Mill. M., täglich beinahe ½ Mill., dafür, daß es sich der Vermittelung Englands bedient, um seine überschüssigen Waaren auf dem Erdballe unterzubringen und den Erlös dafür sich aushändigen zu lassen. Deshalb ist in der Begünstigung der Exportindustrien auch Maß zu halten, und neben der Kolonialpolitik die Stärkung der Kaufkraft unserer heimischen Bevölkerung nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Begünstigung des Exports deutschen Kapitals in der Form von Auslands-Anleihen ist jedenfalls ein Gegenstand, der in der jetzigen Weise nicht so fortgehen kann, ohne zur Schwächung und Schädigung unserer selbst zu führen. Kann man nicht die Emission fremder Anleihen überhaupt verbieten, so besteuere man sie wenigstens hoch. Technische Schwierigkeiten kann das in einem Börsensteuergesetze nicht machen. Und wenn das Publikum etwas abgehalten wird, seine Ersparnisse dem Auslande anzuvertrauen, so wird die Befruchtung des heimischen Gewerbfleißes durch die hierzu verwendbar bleibenden Kapitalien reichlich den augenblicklich entgehenden Gewinn wieder ersetzen.

Ein Vorgang, der in der französischen Deputirtenkammer sich dieser Tage abgespielt hat, ist höchst charakteristisch für die dortigen Zustände. Die Abgesandten der Anarchisten und Sozialisten von Paris und Lyon, die sich bisher vergeblich mit ihren unsinnigen Forderungen an ihre Gemeinderäthe gewendet hatten, versuchten ihr Heil jetzt bei den radikalen Kammerdeputirten. Sie verlangten von denselben nicht weniger, als daß sie sofort ein kommunistisches Programm als Gesetz einbringen sollten. Neben der Herabsetzung der Arbeitszeit auf nur 8 Stunden täglich, sollte der Staat 500 Millionen Francs an die Arbeiter von Paris und 100 an die von Lyon vertheilen und alle Wohnungen bis zu 500 Francs Miethe unentgeltlich erklären. Anstatt diese unsinnigen Forderungen sofort abzuweisen und höchstens den Bittstellern anheimzugeben, sie in Form von Petitionen bei der Kammer einzureichen, haben die Abgeordneten der äußersten Linken nicht nur diese Vorschläge entgegengenommen, sondern in Gegenwart der Ueberreicher darüber in Einem Zimmer des Deputirtenpalastes berathen. Das widerspricht zwar schnurstracks der Hausordnung, aber die hasenherzigen, für die Fortdauer ihrer „Popularität" zitternden Deputirten begingen die Schwäche, die Vertreter der Anarchisten, der rothen Revolution, in die Räumlichkeiten der Kammer einzulassen und sich mit ihnen dort über ein Programm zu berathen, das selbst von dem ultraradikalen Pariser Gemeinderath als absurd verworfen worden ist. Daß sie schließlich statt der 600 Millionen nur deren 25 verlangten, die an beschäftigungslose Arbeiter in ganz Frankreich vertheilt werden sollen, ändert an der Sache nicht das geringste. Wären die 25 Millionen verpufft, so würden die Tollköpfe der Anarchisten bald weitere fordern. Der Staat als Almosenvertheiler — das ist der Anfang der Conventzeit. Das Eindringen von Volksgruppen in den Sitzungssaal der Kammer — das erinnert an das Erscheinen der Jacobiner und der Damen der Halle in dem Convent. Etwas Anderes ist es, wenn der Staat durch Inangriffnahme großer Bauten den Beschäftigungslosen Verdienst gewährt (und mit einem solchen Gesetzentwurfe wird das Ministerium Ferry wohl alsbald vor die Kammer treten); aber Volksmassen, die im Sitzungssaale die Abgeordneten terroristisch zur Bewilligung von Almosen zwingen, das führt direkt in die Revolution hinein.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Febr.

Berlin. Der **Reichstag** berieth das Anleihegesetz für Zwecke des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen). Die Kommission (Referent Huene) beantragte an Stelle der eingestellten 44,671,996 Mark nur 38,520,647 Mark zu bewilligen, wovon 10,055,134 Mark (für die stattgefundene Truppendislokation an der Ostgrenze) auf das laufende Etatsjahr entfallen. Ferner beantragt die Kommission, für die bereits erfolgte Verausgabung eines Theils dieser Summe der Regierung Indemnität zu ertheilen. Diese Anträge fanden nach kurzer Auseinandersetzung über die Begriffe Indemnität und nachträgliche Genehmigung — die Regierung hatte nur nachträgliche Genehmigung nachgesucht — einstimmig Annahme. Indemnität wurde ertheilt und das Anleihegesetz angenommen. Der Gesetzentwurf, betreffend den Reichsbeitrag zu den Kosten des Bremischen Zollanschlusses wurde in eine 14gliedrige Kommission verwiesen, nachdem die Abgeordneten Witte (freis.), Staudi (kons.) und Beuda (n.-l.) sich für die Vorlage erklärt hatten. Die Tabaksteuernovelle, welche die Finanzbehörden ermächtigt, ausnahmsweise zu gestatten, daß die Gewichtsermittelung erst nach dem 31. März, jedoch spätestens bis zum 31. Mai des auf das Erntejahr folgenden Jahres erfolge, wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Schließlich wurden Wahlprüfungen erledigt.

Berlin. Im kronprinzlichen Palais fand Abends eine Ballfestlichkeit statt, wozu 1300 Einladungen ergangen waren. Der Kaiser und die Kaiserin gedachten der Festlichkeit beizuwohnen. Zahlreiche Abgeordnete sind eingeladen worden. — Die Budgetkommission des Reichstages berieth heute den Ergänzungsetat und genehmigte die Erweiterung des statistischen Amtes in Berlin, sowie die Verlegung des Kadettenhauses von Kulm nach Stolp. Eine längere Debatte riefen die Beamten-Positionen für Kamerun, Togo und Angra Pequena hervor. Auf die Anfrage Strombeck's antwortet zunächst Geh. Rath Helwig, daß die Jurisdiktion in jenen Gebieten durch kaiserliche Verordnung geregelt werden solle. Später erklärten die Vertreter der Regierung, daß das Gesetzgebungsrecht des Bundesrathes und Reichstages natürlich nicht angegriffen werden solle. Eine Beschlußfassung erfolgte heute noch nicht. Die Erklärungen der Regierungen werden schriftlich formulirt und so den Volksvertretern schriftlich zugänglich gemacht. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses stellte heute die Einnahme aus der Lotterie um die Hälfte höher ein, als in der Regierungsvorlage geschieht, von 4 auf 6 Millionen. Es bedingt dies eine Vermehrung der Lotterieloose um die Hälfte, womit sich die Regierung auch einverstanden erklärt. Ferner wurde die Regierung aufgefordert, kleinere Theil-Loose auszugeben. — Die „Vossische Zeitung" will wissen, daß die italienische Regierung eine Anzahl deutscher Journalisten, darunter den Korrespondenten der Kreuzzeitung, ausgewiesen habe. In Wormditt in Ostpreußen hat der Lehrer und Prediger an der dortigen jüdischen Gemeinde, Gruschka, welcher russischer Unterthan ist, von den Verwaltungsbehörden die Ordre erhalten, binnen 14 Tagen das preußische Gebiet zu verlassen. — Die Stadt Blankenburg am Harz hat dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen. — Das Tageblatt will wissen, daß einzelne Großmächte geneigt seien, sich bezüglich des Protestes der Pforte gegen die Aktion Italiens am Rothen Meere auf die Seite der Türkei zu stellen.

Paris. Briere de l'Isle meldet, daß der Engpaß von Deonau nächtlich genommen und das Gefecht ohne Verluste verlaufen sei. Die Truppen stehen eine Stunde von Langson, dem chinesischen Concentrationspunkte. Tony Revillon interpellirt die Kammer und verlangt 25 Millionen zur Vertheilung an brodlose Arbeiter. Nachdem er diese Dringlichkeit ausgesprochen, entspann sich eine stürmische Debatte. Laguerre, Cuneo D'Ornano und Lacroix unterbrechen den Minister; der Minister verlangt Aufschub der Berathung.

London. Eine Depesche des General Wolseley meldet, daß Chartum in die Hände des Mahdi gefallen sei, und zwar durch Verrath; der General Gordon sei wahrscheinlich gefallen. (Auf diese Trauerkunde war England so ziemlich vorbereitet. Die Entsatzungstruppen Wolseley's, Earl's und Steward's kommen daher zu spät; ihnen selbst droht der Untergang.)

London, 5. Februar. Das „Reuter'sche Bureau" läßt sich aus Rom telegraphiren, in diplomatischen Kreisen glaube man, daß Italien sich in Folge der Weigerung der egyptischen Regierung, in die Abtretung Massowahs an Italien zu willigen, an den Bestrebungen Englands, im Sudan eine regelmäßige Verwaltung herzustellen, betheiligen werde. (Die Italiener kommen nach der Eroberung Khartums etwas zu spät.)

Hongkong. Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus wird französischerseits bekannt gemacht, daß die französischen Oberbefehlshaber die Rechte der Kriegführenden ausüben würden, einschließlich des Rechtes, die Schiffe der neutralen Mächte zu durchsuchen, um festzustellen, ob sie Kriegskontrebande führen.

Die **Berliner Börse** verlief still, die Kourse konnten sich im Allgemeinen behaupten, das Gerücht von dem Falle Khartums erklärte die Reserve. Als bei dem Schluß der Börse der Fall Khartums bestätigt wurde, trat trotzdem keine Abschwächung ein. Spekulative Banken gut behauptet. Deutsche Bahnen vorwiegend schwächer, österreichische steigend, besonders Franzosen und Elbthalbahn. Spekulative Bergwerke vernachlässigt, schwächer. Für fremde Renten guter Bedarf, Kourse meist besser, speziell für Ungarn und Italiener. Im Kassaverkehr deutsche Bahnen ziemlich fest. Oesterreicher gut gefragt. Banken still, Bergwerke ruhig, Industrien nur mäßig belebt, von österreich. Prioritäten 4proz. Silber- begehrt.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Credit 260, Staatsbahn 257, Lombarden —, 60er Loose —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 229½, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 81⅜, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanl. —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierr. —, Disconto 208,50, Egypter 68½, Gotth.-B. —, Serben —. Fest.

Paris, 5. Februar. Schluß. Rente 80,90, Anleihe 109,50, Italiener 97,97, Staatsbahn 636,25, Lombarden 323,75, do. Prioritäten —, Egypter 345,00, Oest. Goldrente . Spanier 61⅝, Ottomanen 603,10. Fest.

Wien, 5. Februar. Credit 303,40, Staatsbahn 309,60, Lombarden 145,50, Nordwestb. 182,20, Marknoten 60,25, Ung. Credit 314,50, Elbethal —. Fest.

London, 5. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100[illegible], 1873er Russen 97⅛, Italiener 96[illegible], Lombarden 12[illegible], Türken 8[illegible], 4% fund. Amerik. 125, 4% Ungar. Goldrente 80, Oesterr. Goldrente 87, Preußische Consols 102[illegible], Egypter 68[illegible], Ottomanbank 13[illegible], Suez-Actien 73. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Regenschauer.

Stettin, 5. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 152—162, pr. April-Mai 167,50, pr. Mai-Juni 169,50. Roggen fest, loco 131—137, pr. April-Mai 144,00, pr. Mai-Juni 145,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,00, pr. April-Mai 51,00. Spiritus fest, loco 42,40, pr. April-Mai 44,10, Juni-Juli 45,30. Petroleum loco 8,00.

Breslau, 5. Februar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10. Proc. pr. April-Mai 43,30, pr. Juni-Juli 44,50, pr. Juli-August 45,00. Weizen pr. Februar 162. Roggen pr. April-Mai 140,00, pr. Mai-Juni 142,00, pr. Juni-Juli 143,00. Rüböl pr. Februar 52,00, pr. April-Mai 51,50, pr. Mai-Juni 52,00. Zink ruhig. — Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Oberschaffner 1. Klasse Theodor von **Gottschalk**, hier, erhielt das Albrechtskreuz.

— Der verdiente Leiter des sächsischen Forstwesens Herr Oberlandforstmeister **Roch** tritt Ende März in den erbetenen Ruhestand; seine Stelle erhält Herr Oberforstmeister v. **Witzleben**, jetzt Direktor der Forsteinrichtungsanstalt.

— Gestern Vormittag 11 Uhr fanden in der katholischen Hofkirche die **Trauer-Feierlichkeiten** zum Gedächtniß an die vor Jahresfrist verstorbene Frau **Prinzessin Georg** statt. Dem Requiem wohnten in den Oratorien Ihre Majestäten der König und die Königin, der erlauchte Gemahl der hohen Verblichenen, Prinz Georg und dessen Kinder, die Prinzessinnen Mathilde und Josefa, die Prinzen Max, Johann Georg und Albert bei. In der Trauerversammlung waren ferner die sämmtlichen Herren Staatsminister, Oberhofmarschall v. Könneritz, Graf v. Platen-Hallermund, der österreichische Gesandte Graf Herbert-Rathkeal, eine große Zahl Generäle und höhere Offiziere. Ein großer Theil der tiefbewegten Andächtigen war in Trauerkleidung erschienen. In der Mitte vor dem gleich den Oratorien und Tribünen schwarz verhüllten Hochaltare war ein von Kandelabern umgebener, mit florbehangenen sächsischen und portugiesischen Wappen geschmückter Katafalk, oben die Königskrone tragend, aufgebaut, während die drei mächtigen Schiffe des Gotteshauses von einer unübersehbaren Menschenmenge gefüllt waren, um an der pietätvollen Feier theilzunehmen. Die kirchliche Ceremonie wurde von Herrn Superior Pfarrer Will unter Assistenz der Herren Kapläne Halm und Klein celebrirt, während die Kgl. musikalische Kapelle unter Leitung des Herrn Organisten Edmund Kretschmer das Requiem von Ett mit tiefergehender Wirkung zum Vortrag brachte. Pietätvolle Hände hatten die Fenster an der Außenseite der Gruft mit einer Anzahl Blumenkränzen geschmückt. Die Einschließung des die hohe Leiche bergenden Doppelsarges in den Sarkophag wird erst heute Vormittag 10 Uhr in Gegenwart des Herrn Oberhofmarschall von Könneritz und Superior Pfarrer Will in der neuen Begräbnißgruft der katholischen Hofkirche vorgenommen. Auf dem Sarkophag wird die silberne Krone, welche der Prinzessin angeblich von der Königin von England als Gabe zur silbernen Hochzeit zugedacht war, niedergelegt werden.

— Erst heute wird sich entscheiden, ob noch ein **zweiter Subskriptionsball** abgehalten wird. Die Anmeldungen sind befremdlicherweise nicht so zahlreich eingegangen als man erwarten durfte. Die Aristokratie hat sich allerdings bereits jetzt durch etwa 300 Subskriptionen betheiligt; hingegen fehlen noch zwei Faktoren, die für die Füllung des Festes wichtig sind: der Bürgerstand und die Fremdenkolonie. Von dem ersten ist anzunehmen, daß er nur etwas säumig in der Anmeldung ist. Denn gerade in ihm wurzelt der Albertverein zu dessen Gunsten überhaupt der Subskriptionsball abgehalten werden soll. Es würde das edle Herz der erhabenen Protektorin dieses Vereins eigenthümlich berühren, wenn sich gerade in der Bürgerschaft so wenig thatkräftige Unterstützung des Albertvereins kund gäbe. Aus einem anderen Grunde hält sich ein erheblicher Theil der Fremdenkolonie zurück; die Engländerinnen möchten es ertrotzen, daß sie, gegen die Hausordnung, in dunklen geschlossenen Kleidern am Tanze theilnehmen. Vielleicht muß wegen dieses Kleider-Streikes der Ladies der 2. Subskriptionsball unterbleiben; die Hausordnung werden sie jedoch nicht brechen und im künftigen Jahre dürfte beim 1. Subskriptionsball das Verbot unvorschriftsmäßiger Toiletten erst recht streng, selbst gegen Engländerinnen, durchgeführt werden. Noch hoffen wir, daß der gute Geschmack obsiegt über üble Laune. Heute aber ist der letzte Termin, ob der Ball vor sich geht, oder nicht; denn er erfordert so viel Vorbereitungen, daß man nicht bis zum Tage vorher zaudern darf.

— **Die König-Albert-Straße!** In städtischen Kreisen hat die Hoffnung, daß endlich einmal der erste Schritt zu größeren baulichen Veränderungen in Dresden durch einen Straßendurchbruch vom Altmarkt gegen die Pirnaische Vorstadt zu in Aussicht stehe, eine tiefgehende und freudige Erregung hervorgerufen. Die vorliegenden Projekte werden z. Z. auf das Eingehendste von berufenen Fachleuten geprüft, nicht nur hinsichtlich ihrer baulichen Schönheit, sondern auch hinsichtlich der allgemeinen städtischen Verkehrsverhältnisse, der Rentabilität und Billigkeit. Auf Einzelheiten werden wir erst einzugehen haben, sobald die Projekte sich mehr geklärt haben und positive Vorschläge vorliegen. Jetzt sei nur bemerkt, daß der **Durchbruch** der König-Albert-Straße, denn daß dieselbe so heißen mußte, ist bei allen Betheiligten alsbald feststehend gewesen, zugleich ein Durchbruch des Friedens durch die Wellen des Unmuthes im Stadtverordnetensaale zu werden verspricht. Denn während einerseits der Rath nun die Nützlichkeit der von ihm angesammelten Fonds durch Verwerthung derselben zu einem der Ehre und der Wohlfahrt Dresdens im hohen Grade dienlichen Unternehmen auf das Schlagendste nachweisen kann, ist den Stadtverordneten Gelegenheit gegeben, die Steuerkraft der jetzigen Generation für diese selbst nutzbar zu verwenden. So ist zu hoffen, daß eine Vorlage des Rathes, und eine solche ist allem Anscheine nach in nicht zu langer Zeit zu erwarten, im Stadtverordnetensaale die willigste Zustimmung finden werde, so daß endlich das doch von

Vernickelungs-Anstalt Schladitz & Bernhardt, 10 Wettinerstrasse 10.

SLUB Wir führen Wissen.